

Laibacher Zeitung



Pränumerationspreis: Mit Postversendung: ganzjährig 30 K., halbjährig 15 K. Im Kontor: ganzjährig 22 K., halbjährig 11 K. Für die Zustellung ins Haus ganzjährig 2 K. — Inserionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 50 h., größere per Zeile 12 h.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 8 h.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Administration befindet sich Miklosicstraße Nr. 20; die Redaktion Miklosicstraße Nr. 20. Sprechstunden der Redaktion von 8 bis 10 Uhr vormittags. Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Manuskripte nicht zurückgestellt.

Telephon-Nr. der Redaktion 52.

Amflicher Teil.

Den 8. Jänner 1909 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das IV. Stück des Reichsgesetzblattes in deutscher Ausgabe ausgegeben und versendet.

Den 8. Jänner 1908 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das CVIII. Stück der böhmischen, das CIX., CX. und CXI. Stück der polnischen, das CXII. Stück der slovenischen, das CXIII. Stück der böhmischen und italienischen, das CXIV. Stück der kroatischen, polnischen und slovenischen und das CXVII. Stück der böhmischen Ausgabe des Reichsgesetzblattes des Jahrganges 1908 ausgegeben und versendet.

Nach dem Amtsblatte zur „Wiener Zeitung“ vom 8. Jänner 1909 (Nr. 5) wurde die Weiterverbreitung folgender Presseerzeugnisse verboten:

- Nr. 1 „Böhmischer Land für Alle“ vom 3. Jänner 1909.
- Nr. 2 „Videňský Dennik“ vom 3. Jänner 1909.
- Nr. 1 „Trautauener Zeitung“ vom 2. Jänner 1909.
- Die in Koflyan gedruckte Druckschrift: „Mrkvantické Noviny“ Nr. 56 ai 908.
- Nr. 1 „Plzeňský Kraj“ vom 1. Jänner 1909.
- Nr. 867 „Deutsche Wacht an der Wiese“ vom 31. Dezember 1908.
- Nr. 1 „Deutscher Mahnruf“ vom 2. Eismonds 1909.
- Nr. 1 „Prawo Ludu“ vom 1. Jänner 1909.

Nichtamflicher Teil.

Militärisches aus Rußland.

Ein militärischer Berichterstatter schreibt der „Pol. Korr.“: Auf Grund eines Reskriptes des Zaren vom 6. Dezember 1907 an den Kriegsminister ist von einer bei dem Hauptstabe tagenden besonderen Kommission ein der Duma vorzulegender Gesetzentwurf über die Gehaltserhöhungen der Frontoffiziere und Militärbeamten, einschließlich

Geistliche, Ärzte usw., ausgearbeitet worden. In Anbetracht der ungünstigen Finanzverhältnisse hat die Kommission es für notwendig erachtet, die Gehaltserhöhung zunächst nur auf die unteren Offizierschergen bis zum Kommandeur eines nicht selbständigen Bataillons einschließlich zu beschränken. Danach soll der Unterleutnant eine monatliche Zulage von 15, der Leutnant 20, der Stabskapitän und Kapitän 25, der Oberstleutnant 40 Rubel erhalten. Bei den anderen Waffengattungen und Dienststellungen außer der Front in entsprechendem Verhältnis. Außerdem liegt die Absicht vor, den Stabskapitänen, Kapitänen und Oberstleutnanten noch eine Gehaltszulage für die in ihrer Charge zurückgelegten Dienstjahre, und zwar den Stabskapitänen und Kapitänen nach 4, den Oberstleutnanten nach 5 Dienstjahren zu gewähren, aber nur dann, wenn sie durch irgendwelche von ihnen unabhängige Ursachen hinter ihren Altersgenossen in der Beförderung zurückgeblieben sind. Überdies soll die Lage der Offiziere auch dadurch verbessert werden, daß das kaiserliche Schatzamt alljährlich sechs Millionen Rubel zu der durch regelmäßige Beiträge der Offiziere gebildeten Emeritalkasse zuschießt. Erhöht sollen ferner auch die Zulagen für die Lagerzeit (außerhalb der Garnison) und die Reisegehälter (außer Fahrkosten) werden, und zwar die ersten für die Stabsoffiziere auf 1.5 Rubel, für die Oberoffiziere auf einen Rubel; die Reisegehälter für Stabsoffiziere auf zwei Rubel und 25 Kopeken, für die Oberoffiziere auf 1.5 Rubel. Beabsichtigt wird auch, den aus den Kriegsschulen hervorgehenden jungen Offizieren Revolver, Säbel, Ferngläser, Kompanie und die Reglements zu liefern, was für

jeden neubeförderten Offizier 100 Rubel beträgt; ebenso allen jungen Offizieren und Ärzten eine einmalige Unterstützung von 200 Rubel zur Beschaffung der sonstigen Ausrüstung und des Wohnungsbedarfes. Dazu alle drei Jahre Erneuerungsgelder: 100 Rubel für die Oberoffiziere, 150 Rubel für die Stabsoffiziere. Zur Beschaffung von Pferden für solche Offiziere bis einschließlich zum Bataillonskommandeur, die in ihrem Dienst beritten sein müssen, aber bisher keine Gelder für die Pferde und deren Unterhalt erhalten: für die Offiziere der Garde jährlich 185, der Armee 135 Rubel. In Summa betragen die durch diese Zulagen vermehrten Kosten jährlich 30,709.519 Rubel, davon: Gehaltszulagen fast 19 Millionen, Zuschüsse zur Emeritalkasse sechs Millionen, Lager- und Reisegehälter 2.5 Millionen, Lieferung von Revolvern, Säbeln usw. 238.000 Rubel, für Hausbedarf eine halbe Million, periodische Beihilfen dazu eine Million und Pferdegehälter eineinhalb Millionen. Die in dem kriegsministeriellen Entwurf beabsichtigten Kompetenzerhöhungen sind, wie ersichtlich, sehr bedeutend, ihre Verwirklichung in vollem Umfange steht jedoch sehr in Frage. Wie der „Golos Moskvy“, das Organ der in der Duma die Majorität bildenden und der Gehaltsaufbesserung zugeneigten Partei der Oktobristen, schreibt, hat der Finanzminister Einspruch gegen die Verausgabung von 30 Millionen zu den genannten Zwecken erhoben und will dafür nur 8 Millionen Rubel in den Etat stellen, wobei die jüngste Offizierschergen (der Unterleutnant) ganz unberücksichtigt bleiben soll. Erst der Leutnant soll monatlich 10, der Stabskapitän 15 Rubel Zulage erhalten. Schon jetzt betragen die offenen Stel-

Feuilleton.

Der verdächtige Brief.

Aus dem Russischen des Potapenko von
Seldscher Rustikov.
(Schluß.)

Der Hausherr bedachte, daß es eigentlich nicht seiner Würde entspreche, sich für eine derartige Lappalie, wie es die erörterte Angelegenheit darstellte, zu interessieren. Aber trotzdem kam ihm die Geschichte nicht aus dem Sinne. Selbst als das Mahl zu Ende war und er sich in sein Arbeitszimmer zurückgezogen hatte, dort ein Stündchen der Ruhe zu pflegen, gingen ihm die Andeutungen seiner Ehehälfte im Kopfe herum. Sollte sie wirklich recht haben?

Der Gedanke machte ihm einige Unruhe. Wenn wenigstens Gewißheit wäre. Dann könnte man ihr kündigen, ehe sie es tut. Aber wie das erfahren? Sie selbst fragen wäre unklug; denn wenn es nicht an dem war mit dem Fortgehen, warum dann erst auf solche Gedanken bringen? Aber erfahren mußte er's. Wenn man den Brief lesen könnte!

Er hörte, wie die Kinder wieder mit Anusa das Haus verließen. Der Brief! Daß sie ihn nicht bei Tisch gelesen hatte, war verdächtig. Sie fürchtete jedenfalls, daß vielleicht das eine oder andere Wörtchen erspäht würde. Es war ja ungeschicklich, fremde Briefe zu lesen, aber in diesem Falle.

Im Zimmer der Kinder war jetzt niemand. Ob Anusa den Brief dorthin gelegt hatte? In ihr Zimmer war sie gar nicht gegangen. Vielleicht im Wäscheschrank? Da lagen im oberen Schubfach immer Papiere. Jedenfalls war es abgeschlossen und der Schlüssel abgezogen. Doch das war ja leicht festzustellen. Er brauchte ja nur die paar Schritte hinüber zu gehen ins Kinderzimmer. Er öffnete leise die Tür und schlich über den Korridor. Die

Tür des Kinderzimmers war nur angelehnt. Vorsichtig drückte er sie auf.

Da stand der Schrank ihm gerade gegenüber. Und in der Schublade steckte der Schlüssel. Jetzt wußte er, was er wissen wollte. Aber nun mußte er noch sehen, ob der Brief wirklich da war. Langsam näherte er sich dem verhängnisvollen Kasten.

Sein Herz schlug ihm, als stehe er im Begriff, eine böse Tat zu tun, einen Diebstahl zu begehen oder ähnliches. Und doch lag seiner Reugier keine schlechte Absicht zugrunde. Gewiß, er wollte den Brief lesen. Aber nur um sich von der Ungewißheit zu befreien, in der er sich befand.

Entschlossen trat er vor und zog die Schublade auf. Da lag ein Brief. Richtig, er war's, den er suchte. Er kannte das Kuvert gleich wieder. Vorsichtig faßte er den Papierbogen und las:

„Liebes Täubchen!

Es war wieder vergeblich, wie ich mir dachte. Die Nachbarin, die mir gestern Abend versprach, es zu bringen, ist nicht gekommen. Wo soll ich nun die Miete hernehmen? Du versprachst mir, ich könne deine Brosche verkaufen. Wenn du sie wirklich hergeben willst, so gib sie mir morgen Mittag mit. Es ist mir schmerzlich, mein Täubchen, dich des Schmuckes zu berauben; aber du kennst unsere Lage.

Sei gegrüßt, teure Anusa

von deiner Tante.“

Blutrot stieg es in des Hausherrn Schläfe, als er den Brief gelesen. „Pfu! pfui!“ sprach er vor sich hin. „Wie konnte ich nur?“ Hastig und doch vorsichtig brachte er den Brief in seine frühere Lage und schlich wieder zurück. Kaum stand er auf dem Korridor, als aus der guten Stube heraus Frau Polinskij trat.

„Wo kommst du denn her?“ frug sie erstaunt; denn es gehörte nicht zu ihres Gatten Gewohnheiten, das Kinderzimmer zu besuchen. „Suchst du etwas?“

„Nein, danke!“ stotterte der Überraschte und ging schnellen Schrittes in sein Arbeitszimmer.

„Wegen der Kälte, weißt du — ich dachte — ob auch genügend geheizt wäre.“

„Welche Idee!“

Er zuckte die Achsel, warf die Tür zu und wanderte nun vor seinem Schreibtisch auf und ab. Nachträglich fühlte er erst recht, wie unverzeihlich und seiner unwürdig die gezeigte Reugierde gewesen. Während er sich so Selbstvorwürfe machte, hörte er aus der Gegend des Kinderzimmers ein leises Knarren einer Tür, als ob diese vorsichtig zugezogen worden wäre.

Leise schlich er zum zweitenmale hinüber und drückte wiederum die nur angelehnte Tür diesmal nur ein wenig auf. Und siehe da! Wie er es sich gedacht. Da stand seine Frau und las den Brief. Da sie ihm den Rücken zuehrte, wagte er es, die Tür etwas weiter zu öffnen, um der Lesenden Gesicht sehen zu können. Aber da knarrte es — und bums flog der Brief in die Schublade und diese zu.

She sich die Ertappte noch umwenden konnte, war der Hausherr geräuschlos verschwunden. Als sie die gute Stube wieder betrat, saß er mit einem anscheinend ahnungslosen Gesicht im Sessel am Fenster und blickte auf den Schnee hinab.

„Warst du im Kinderzimmer?“ frug er gleichmütig.

„Ja, wegen der Heizung, weißt du sagtest —.“ Es kam stockend über ihre Lippen und ihre Blicke waren trampfhaft auf einen Punkt in der Ferne gerichtet.

„Welche Idee!“ jagte er mit einem malitösen Lächeln.

Sie schwieg, wie er vorhin geschwiegen hatte. Ansehen hätten sie sich jetzt beide um alle Welt nicht mögen. Sie schämten sich vor sich selbst und voreinander.

Anusa, die nicht wußte, wie ihr geschah, bekam eine Gehaltsaufbesserung. Von dem Briefe wurde zwischen dem Ehepaare nie mehr gesprochen, nur wenn einer für Anusa ankam, wurden beide immer etwas verlegen.

len bei den jüngeren Offizierschergen 14 Prozent. Es steht somit zu befürchten, daß, wenn der Finanzminister mit seinem Widerstande durchdringt, die sogenannte „Fahnenflucht“ der Offiziere zunehmen wird. Da die beantragten Gehaltszulagen schon vom 1. Jänner 1909 ab zur Tat werden sollten, sieht man der Entscheidung der Duma mit großer Spannung entgegen.

Politische Uebersicht.

Laibach, 9. Jänner.

Aus Berlin wird gemeldet: Der „Reichsanzeiger“ enthält folgende Erklärung: Seine Majestät der Kaiser und König hat am 2. Jänner wie alljährlich eine Besprechung mit den hier zur Neujahrsgratulation versammelten kommandierenden Generalen abgehalten. Die Äußerungen Seiner Majestät waren nicht für die Öffentlichkeit bestimmt und hätten nicht den Gegenstand der öffentlichen Kritik bilden dürfen. Trotzdem sind Nachrichten darüber in die Presse gelangt. Gegenüber den in ausländischen Blättern erschienenen Angriffen stellen wir fest, daß sich die Besprechung lediglich auf militärische Fragen bezog. Im Anschlusse an eine Betrachtung der bei den letzten Manövern gemachten praktischen Erfahrungen wies der Kaiser auf eine kürzlich erschienene Studie hin, in der die Gestaltung des modernen Krieges und die Einwirkung der neuzeitlichen Waffen auf das Gefecht entwickelt sind. Die in dieser militärischen Arbeit auch enthaltenen politischen Ausführungen und Ausblicke kamen in den Ausführungen des obersten Kriegsherrn nicht in Betracht.

Aus London wird berichtet: Kriegsminister Saldane kam in einer Rede, welche er im Distrikte East Lothian vor einer Wählerversammlung hielt, auf die Befürchtungen Lord Roberts' zu sprechen, daß ein 200.000 Mann starkes deutsches Heer eine plötzliche Invasion unternehmen könne, und erklärte, England besitze einschließlich der Reserven eine reguläre Armee von 320.000 Mann, die besser ausgebildet sei, als irgend eine andere. Es können binnen kurzer Zeit vier Divisionen mobilgemacht werden und man verfüge über Waffenvorräte und Mannschaften, die zur Mobilisierung von sechs Divisionen und mehr ausreichen. England habe einschließlich der Territorialarmee 527.000 Mann in Bereitschaft, um einer Invasion begegnen zu können. Deshalb sei er wegen der Verteidigung des Landes in keiner Weise beunruhigt.

In den Parteiverhältnissen der türkischen Kammer vollziehen sich, wie aus Konstantinopel berichtet wird, bemerkenswerte Verschiebungen. Das Komitee für Einheit und Fortschritt scheint an Boden immer mehr zu verlieren. Mehrere Mitglieder dieses Komitees sind zu der vom Prinzen Sabah Eddin geführten liberalen Partei übergegangen; ferner haben sich derselben die 32 albanischen Abgeordneten mit dem bekannten Ismail Kemal an der Spitze sowie die Mehrheit der arabischen Abgeordneten angeschlossen. Des weiteren verlautet, daß zwischen dem „Heros von Resne“, Vizemajor Niazi Bey, und dem Komitee für Einheit und Fortschritt eine Spannung entstanden sei, die ersteren veranlaßt habe, sich der Partei Sabah Eddins zuzuwenden.

Die „Jeni Gazetta“ meldet, daß es in Mossul zu ernstern Unruhen gekommen sei. Ein Kavallerist, der während des Beirams eine türkische Frau insultierte, wurde verhaftet. Fünzig seiner Kameraden versuchten ihn zu befreien, indem sie das Wacht haus angriffen. Es entstand dadurch ein Kampf, an welchem sich die Bevölkerung beteiligte. Inzwischen benützten Missetäter die Unruhe, um die Gefängnisse zu öffnen, was eine Plünderung und ein Massaker herbeiführte. Der angesehene Kurdendef Said wurde samt seiner Familie getötet. Dem Blatte zufolge gab es außerdem unter den Soldaten und der Bevölkerung dreißig Tote und vierzig Verwundete. Die Situation scheint ernst zu sein, da der Kriegsminister das vierte Korpskommando aufforderte, fünf Bataillone nach Mossul zu senden.

Tagesneuigkeiten.

(Die verbrannten Millionen.) Der Moskauer stadtbekannt Millionär Petrov hat seinen Verwandten als unerwartete Erbschaft an Stelle seiner ungezählten Millionen eine etwas allzu landläufige — Moral hinterlassen. Als er sein Ende nahen fühlte, zog er sein ganzes, bei zahlreichen Banken in Wertpapieren untergebrachtes Vermögen ein. Als seine Ärzte ihm auf sein Drängen offenbarten, daß seine letzte Stunde bald gekommen sei, ließ er in seinem Schlafgemach aus den gesamten sein Vermögen darstellenden Banfnoten und Reichstassenscheinen, die er als Kaufpreis für die eingezogenen Wertpapiere erhalten hatte, einen richtigen Scheiterhaufen errichten und vor seinen brechenden

Augen anzünden. Die Flammen mußten so lange angefacht werden, bis der letzte Tausend-Rubel-Schein zu Asche verbrannt war. Dann erst ließ der Sterbende seine Anverwandten um sich versammeln und sagte ihnen ungefähr folgendes, indem er mit der Hand nach dem rauchenden Scheiterhaufen hinwies: „Geld ist die Quelle aller Sünde. Ich habe daher mein, nunmehr für euch bestimmtes Vermögen hier verbrennen lassen. Ich beglückwünsche euch dazu, daß ihr von dem Laster des Reichthums befreit seid und nun als Arme den Pfad der Tugend wandeln könnt!“ Damit verschied der sonderbare Ehrenmann, der sein ganzes Leben hindurch die Unnehmlichkeiten seines Reichthums genossen hatte. Die „lachenden Erben“ aber, die er tatsächlich aller Mittel entblößt zurückließ, sollen bitterlich geweint haben.

(Das Paradies der Heiratslustigen.) Aus London wird berichtet: Wer billig und hoffentlich auch gut heiraten will, wird künftig seine Wege nach Schottland wenden müssen. Die Zahl der standesamtlicher Trauungen in Schottland hat in den letzten Jahren in auffälliger Weise zugenommen und die die Trauungen vermittelnden Advokaten überbieten sich in den Vergünstigungen, die sie ihren ehelustigen Klienten bieten. In den Zeitungen, insbesondere in den kleineren auf dem Lande gelesenen, findet man tagaus tagein zahlreiche Annoncen, in denen die Advokaten ihre Dienste zur Erledigung der Formalitäten anbieten; infolge der scharfen Konkurrenz und der regen Nachfrage bekennen sich die meisten jetzt zu dem Prinzip: großer Umfaß, kleiner Nutzen. Sie vermitteln die Eheschließung für insgesamt 10 Kronen, und jeder Mann, der diese Summe aufbringen kann, kann für diese Summe in Schottland heiraten. Der Standesbeamte fragt nur, ob die erschienenen Brautleute mit den angemeldeten Persönlichkeiten identisch sind, und zwei Zeugen müssen versichern, daß die beiden Ehelustigen vor der Trauung 21 Tage in Schottland gewohnt haben und sich freiwillig und im Vollbesitze ihrer gefundenen Sinne und ihres Verstandes heiraten wollen.

(Galgenhumor.) Aus Karlsbad wird geschrieben: Vom Plateau der Stephanspromenade, aus einer Höhe von 135 Metern stürzte sich diesertage ein Mann herab und blieb tot liegen. Man fand auf dem Hute des Selbstmörders einen Brief, in dem geschrieben stand: „An die Adresse des K. B. Wenn du aber gar nichts hast, ach, so lasse dich begraben, denn ein Recht zu leben, Lump, haben nur, die etwas haben. Text von Heine, in Szene gesetzt von Josef Müller.“

(Ein Zwillingpaar aus verschiedenen Jahren.) Aus Berlin wird berichtet: Ein seltener Geburtsfall ereignete sich diesertage in Dorfe Neu-Sassin bei Lauenburg i. B. Die Ehefrau des dort wohnhaften herrschaftlichen Kutschers Petzsch schenkte Zwillingstöchterchen das Leben, von denen das eine am 31. Dezember v. J. geboren wurde, während das andere mehr als 24 Stunden später, am 1. d. M., das Licht der Welt erblickte. Die Kleinen gehören demnach verschiedenen Jahren an, trotzdem sie Zwillinge sind.

(Russische Frauenrechtlerinnen.) In Petersburg tagte unlängst der Kongreß russischer Frauenrechtlerinnen, auf dem volle zwei Tage lang allein über die Ehe diskutiert wurde. Die Meinungen der radikalen und der mehr orthodoxen Delegierten platzten heftig aufeinander. Ein großer Tumult entstand, als die radikale Südrussin Fräulein Cebotarevska die moderne Ehe eine gemeine Sklaverei nannte und als „Idealthe die Vielweiberei“ empfahl. Andere nannten die gesetzliche Heirat ein „lächerliches Vorurteil“. Die Majorität verlangte die gesetzliche und gesellschaftliche Anerkennung der freien Vereinigung zwischen Mann und Frau und nahm eine Resolution an, die gleiche Rechte für eheliche und uneheliche Kinder forderte.

(Die Tänzerin im Käfig.) Vor kurzem hatte die Direktion von „Fun City“, einem Londoner Vergnügungstempel, einen Preis von 1000 Kronen für diejenige junge Dame ausgeschrieben, die es unternehmen würde, einen Tanz von 45 Minuten Dauer in dem Käfig des afrikanischen Löwen Brutus auszuführen. Es meldeten sich nicht weniger als 457 Bewerberinnen. Fräulein Baker, eine hübsche, 22 Jahre alte Barmaid, wurde auserlesen. Der Tanz fand im Beisein eines Löwenbändigers statt. Brutus würdigte verständigerweise die kokett gekleidete Tänzerin keines Blickes.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krainischer Landtag.

Fünfte Sitzung am 9. Jänner 1909.

Vorsitzender: Landeshauptmann Hofrat Franz von Sultje.

Regierungsvertreter: I. I. Landespräsident Theodor Freiherr von Schwarz und I. I. Bezirkshauptmann Karl Graf Küniß.

Schriftführer: Landessekretär Franz Uršič.

Der Landeshauptmann eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 35 Min. Das Protokoll der vierten Sitzung wird verlesen und ohne Debatte genehmigt.

Der Landeshauptmann teilt mit, daß sich die in der letzten Sitzung gewählten Ausschüsse konstituiert haben; hierauf werden die eingelaufenen, sehr zahlreichen Petitionen den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

In fortgesetzter Verhandlung der eingebrachten Dringlichkeitsanträge begründet Abg. Dr. Lampe

nachstehenden Dringlichkeitsantrag: 1.) Der Landtag wolle beschließen: a) I. Behufs der Abgänge beim Landesfonds werden vom 1. Jänner 1909 an bis zu jener Zeit, da der Voranschlag des Landesfonds für das Jahr 1909 definitiv festgesetzt wird, folgende Landesumlagen eingehoben: 1.) eine 40 %ige Umlage auf die Verzehrungssteuer von Wein, Wein- und Obstmost sowie von Fleisch; 2.) eine selbständige Landesumlage vom verbrauchten Biere zu 2 K per Hektoliter; 3.) 40 %ige Umlagen auf alle direkten Steuern mit Ausnahme der Personaleinkommensteuer und der Erwerbsteuer für Hausierer. II. Der Landesauschuß wird beauftragt, dem Beschlusse sub I. die Allerhöchste Sanktion zu erwirken. III. Der Landesauschuß wird bevollmächtigt, die Abgänge in der Zeit vom 1. Jänner 1909 bis zur definitiven Feststellung des Voranschlages für das Jahr 1909 eventuell im Wege einer angemessenen Kreditoperation zu decken. b) Es wird sofort ein zehngliederiger Finanzauschuß mit dem Auftrage gewählt, sofort den diesbezüglichen Bericht auszuarbeiten. Die Verteilung des Ausschussesberichtes ist aufzulassen. Der Ausschuß hat dem Landtage in fünf Tagen mündlichen Bericht zu erstatten. c) Diefem Antrage wird gemäß § 21 der Geschäftsordnung die Dringlichkeit zuerkant.

Abg. Dr. Lampe betonte in seiner Begründung vor allem den Umstand, daß die Ausgaben des Landeshaushaltes in stetem Wachstum begriffen seien und daß das Defizit im vergangenen Jahre bereits die Höhe von 1,145.000 K erreicht habe. Es sei Pflicht des Staates, energig die Sanierung der Landesfinanzen der einzelnen Kronländer, also auch des Landes Krain in Angriff zu nehmen; aber dazu werde es niemals kommen, wenn die Landtage selbst diese Aktion auf das entscheidende fordern. Namentlich in Krain sei es Pflicht des Staates zu den Kosten des Schulwesens, des Sanitätswesens sowie der Einrichtungen für die öffentliche Sicherheit usw. aus dem Grunde beizutragen, weil er dafür bisher weniger als in allen übrigen Kronländern geleistet habe. Am Schlusse seiner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen beantragte Abg. Dr. Lampe eine Resolution, worin die Regierung aufgefordert wird, mit einer ausgiebigen Subvention den krainischen Landesfinanzen unter die Arme zu greifen.

Abg. Dr. Tavčar erklärte, er sei dem Borredner für die Darlegung der traurigen Finanzlage des Landes Krain dankbar. Da es sich nun gewissermaßen um das Finanzprovisorium handle, wobei sich überall eine politische Debatte zu entwickeln pflege, so behalte sich seine Partei vor, in dieser Debatte ihren Standpunkt erst dann zu präzisieren, wenn die Angelegenheit aus dem Ausschusse vor's Plenum des Landtages gelange. Nur dem in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwurfe, daß das Auftreten der national-fortschrittlichen Partei gegenüber dem Landespräsidenten in der letzten Sitzung wenig geistreich gewesen sei, wolle er kurz entgegen treten. Vor etwa 50 Jahren habe die Gemahlin des damaligen Landeshauptmannes Freiherrn von Codelli die Gewohnheit gehabt, die Landtagsabgeordneten zu einem Diner einzuladen. Das Menü für die deutschen Abgeordneten sei reichlich ausgefallen; die slovenischen Abgeordneten hätten sich mit Überresten begnügen müssen, weil „für Bauern eben alles gut genug sei“. (Seiterkeit.) An diese Reminiszenz müsse er sich erinnern, wenn er auf die Vorfälle des Jahres 1908 zurückblende, denn die Regierung scheine auch auf dem Standpunkte der Baronin Codelli zu stehen, daß für die Slovenen alles gut genug sei. Abg. Dr. Tavčar lehrt sich gegen die Ernennungen von Deutschen und Präterierungen von Slovenen in der Justizverwaltung, gegen das Vorgehen des Militärs anlässlich der Demonstrationen am 20. September, das er als unbedacht hinstellen müsse. Ein unreifer Leutnant sei kommandiert worden, der auf die Leute schießen ließ. Wie die Regierung bei uns, und zwar im Jubiläumjahre vorgegangen sei, wäre höchstens noch den Ruthenen gegenüber möglich gewesen. Da sei es ein gutes Recht der national-fortschrittlichen Partei, den Vertreter dieser Regierung ebenso zu bagatellisieren, wie die Regierung mit dem slovenischen Volke tue. Die Privatperson des Freiherrn von Schwarz habe damit absolut nichts zu tun, aber als Vertreter dieses Regierungssystems müsse er sich politische Insultierung wohl gefallen lassen. Dabei habe sich die Partei vor Augen gehalten, daß auf ihr Vorgehen durchaus nicht die Lahmlegung der Tätigkeit des Landtages erfolgen dürfe.

Landespräsident Freiherr von Schwarz weist den Angriff des Abg. Dr. Tavčar gegen das Militär und die Regierung zurück. (Die national-fortschrittlichen Abgeordneten haben den Saal verlassen. Abg. Dr. Pegan: „Das Militär werden Sie niemals reinwaschen!“)

Die Dringlichkeit des Antrages wird anerkannt und der Antrag selbst dem Finanzausschusse zugewiesen, in den folgende Abgeordnete gewählt werden: Pogačnik, Dr. Kret, Povše, Dr. Lampe, Dr. Tavčar, Graf Margheri, Graf Barbo, Kobi, Lenarčič und Dr. Zitič.

Abg. Dr. Susteršič begründet nachstehenden Dringlichkeitsantrag: Der Landtag wolle beschließen: a) Behufs Bedeckung der Landesausgaben, bezw. der Beitragsleistungen zu Straßen- und Wasserbauten sowie andere Meliorationsarbeiten wird der Landesauschuß bevollmächtigt, ein Landesdarlehen von zehn Millionen Kronen aufzunehmen. b) Der Finanzauschuß wird beauftragt, sofort einen diesbezüglichen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Die Verteilung dieses Berichtes

ist zu unterlassen. Der Ausschuss hat in drei Tagen dem Hause mündlich Bericht zu erstatten. c) Diesem Antrage wird gemäß § 21 der Geschäftsordnung die Dringlichkeit zuerkannt. — Abg. Dr. Sušteršič betont, daß bereits Abg. Dr. Lampe die Dringlichkeit des Antrages in nuce begründet habe. Die Sanierung der Landesfinanzen sei kein mathematisches, sondern ein volkswirtschaftliches Programm. Die Bevölkerung kenne in vielen Gegenden eigentlich selbst nicht ihre Bedürfnisse. Im Landesbauamt liegen schon jahrelang Entwürfe für Meliorationsarbeiten im weitesten Sinne mit einem Voranschlag von über 30 Millionen Kronen, zu dem Angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse 25 bis 50 Prozent zugeschnitten werden müssen. Für die dringlichsten Bauten seien mindestens 10 Millionen Kronen erforderlich. Mit der „kleinlichen Flickarbeit“ müsse ein für allemal gebrochen werden; die Landesfinanzen werden allerdings mit rund einer halben Million Kronen belastet werden, aber im öffentlichen wirtschaftlichen Leben müssen dringende Ausgaben unabhängig von der augenblicklichen mathematischen Lage der Finanzen in Rechnung gestellt werden. Zuerst müsse man vom Staate die Erfüllung dessen Pflichten verlangen, dann erst habe man für den restlichen Abgang die Bedeckung aus Landesmitteln zu suchen. Sobald der Finanzminister sein Finanzprogramm dem Reichsrat unterbreiten werde, werden die Vertreter aller Kronländer von der Zentralregierung die Durchführung der Sanierung der Landesfinanzen fordern.

Im Anschlusse an diesen Antrag bringen die Abgeordneten Drobnič, Kavnikar, Lavrenčič, Matjašič, Jaklič, Piber, Kobe, Rošak, Gladnik, Gangl, Bartol, Dimnik und Demšar eine Reihe von Lokalwünschen in betreff der Meliorationsarbeiten vor; die Abgeordneten Gladnik und Dr. Zitnik bringen überdies Resolutionen, betreffend die Förderung des landwirtschaftlichen Unterrichtes an Volksschulen, bezw. betreffend die Untersuchung der Wasserverhältnisse der Innerkrainer Dolinen und Ausarbeitung eines diesfälligen Detailplanes, ein. Abg. Graf Barbo begrüßt den Antrag mit Freuden, da die Interessen des krainischen Großgrundbesitzes mit denen des Bauernstandes identisch seien. „Hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt.“ Im übrigen mögen vorläufig die Lokalwünsche zurückgestellt werden. Werde eine das ganze Land umfassende, großzügige Aktion in Angriff genommen, so könne dieser Schritt dem Lande zum Segen werden. — Abg. Dr. Tavčar erklärt namens der national-fortschrittlichen Partei, daß er und seine Gesinnungsgenossen für die Dringlichkeit stimmen werden; im übrigen aber müsse genau fixiert werden, was zu Meliorationszwecken und was zu anderen Zwecken verwendet werden soll. Das Volk sei dahin aufzuklären, daß eben nicht alles in den Rahmen der Meliorationsarbeiten gedrängt werden könne. Im übrigen seien die Städte und die Landleute gegenseitig aufeinander angewiesen und so werden alle zusammen einträchtig an den Meliorationsarbeiten mitwirken können.

Die Dringlichkeit des Antrages Dr. Sušteršič wird einhellig anerkannt (Händeklatschen) und der Antrag nebst den Resolutionen der Abg. Gladnik und Dr. Zitnik dem Finanzausschusse zugewiesen.

Abg. Mandelj begründet folgenden Dringlichkeitsantrag: Der Landtag wolle beschließen: a) Es wird eine Landesbank errichtet; b) der Landesauschuss wird beauftragt, bis zur nächsten Session im Einvernehmen mit der k. k. Landesregierung den diesbezüglichen Gesetzentwurf auszuarbeiten. c) Es wird ein zehngliederiger Ausschuss für Landesunternehmungen gewählt, der im Laufe von 48 Stunden mündlichen Bericht zu erstatten hat; die Verteilung des Berichtes ist also zu unterlassen. d) Diesem Antrage wird gemäß § 21 der Geschäftsordnung die Dringlichkeit zuerkannt.

Landeshauptmann-Stellvertreter Freiherr von Lichtenberg übernimmt den Vorsitz.

In Begründung seines Antrages verweist Abgeordneter Mandelj auf die vor 15 Jahren angestrebte Errichtung einer Landeshypothekbank, die aber auf Widerstand gestoßen und deswegen fallen gelassen worden war; sein Antrag ziele indessen nicht auf die Gründung einer Hypothekbank, sondern einer Landesbank ab, wie sie auch in anderen Ländern, so seit dem Jahre 1889 in Böhmen, seit 1904 in der Bukowina bestehen. Redner bespricht die Einrichtung der projektirten Landesbank, für die subsidiarisch das Land zu bürgen hätte. Das Institut würde bei Hypothek-, Kommunal-, Meliorations- und Eisenbahndarlehen vermitteln und auch öffentliche Lagerhäuser errichten, weiters Bankgeschäfte abwickeln, insofern sie nicht risikantler Natur wären. Eine der Hauptaufgaben wäre auch die Regulierung des Zinsfußes bei Hypothekdarlehen, der mit 4½ % anzustreben sei. Die Landesbank als ein nicht auf Gewinn berechnetes Institut wäre auch von der Verpflichtung der Legalisierung ihrer Urkunden befreit, wodurch gerade bei der Intabulation große Kosten erspart blieben. Abg. Mandelj verweist auf die zwingende Notwendigkeit des Umbaus des Landespalastes und der Irrenanstalt, wobei die Finanzierung von der Landesbank zu übernehmen wäre; er bespricht die Darlehen an Gemeinden bei Straßenbauten sowie der Auf- führung von Schul- und Gemeindehäusern, weiters die Darlehen zu Meliorationszwecken, insbesondere für Dürrenkrain, die Darlehen zu Eisenbahnbauten (Weiterführung der Lokalbahn Treffen-Johannistal, Adrianer Bahn, das Inzische Bahn von Wocheiner Feistritz zum

Wocheiner See, eine gleiche Bahn von Stein zum Feistritzsprunge). Diese Projekte sollen durch unsere Mühe und unser Kapital realisiert werden; was fremde Unternehmer ins Leben rufen, bringe in nationaler Hinsicht Nachteile. Auch für Handel werde die Landesbank von großem Nutzen sein; gegenwärtig bedeute eigentlich der Handel im ganzen Lande bloße Krämeriegeschäfte. Man müsse den Unternehmungsgeist und den Geist der Zusammengehörigkeit zwischen den Handels- und Gewerbsleuten sowie den Landleuten wecken. In Laibach sei die Errichtung von öffentlichen Lagerhäusern notwendig, namentlich mit Rücksicht auf die neue Eisenbahnverbindung Rudolfswert-Spalato. Die Landesbank sei ferner mit Rücksicht auf eventuelle Geldkrisen und Kuns notwendig. Die Krainische Sparkasse werde wohl den gegen sie eingeleiteten Kun überstehen, aber sonstige Geldinstitute könnten bei ähnlichen Krisen leicht in Verlegenheiten kommen, und da hätte gerade die Landesbank durch Kreditöffnung vermittelnd eingzugreifen. — Der deutsche Drang zur Adria entspringe vorzugsweise wirtschaftlichen Motiven. Wir müssen eine mächtige Landwirtschaft, diese magna carta unserer Freiheit, und einen entwickelten Handel anstreben. Tolstoj's Worte: „Die Wahrheit wird euch befreien“ könnten, auf unsere Verhältnisse angewandt, lauten: „Die Arbeit wird euch befreien.“ (Lebhafte Beifall; Redner wird beglückwünscht.)

Abg. Lenarčič erklärt, Abg. Dr. Krel habe seinerzeit anlässlich der von Fribar angeregten Gründung einer Bauernbank, gegen die Banken „gewütet“ (Widerstand); heute haben sich die Verhältnisse gründlich geändert. Es sei erfreulich, daß von der Slovenischen Volkspartei die Bedeutung des Handels- und des Gewerbestandes anerkannt werde; wäre dies schon früher geschehen, so wäre es niemals zu so scharfen Gegensätzen gekommen. Die national-fortschrittliche Partei werde mit Freuden für den Antrag stimmen.

Abg. Dr. Krel berichtigt tatsächlich, es sei kein logischer Zusammenhang zwischen dem angeführten Wüten gegen Banken und der prinzipiellen Zustimmung zur Gründung einer Landesbank; weiters habe er niemals gegen Banken gewütet, denn große Geldinstitute seien absolut notwendig. Wer's trotzdem täte, wäre ein Idiot. Er berichtigt tatsächlich, daß er ein solcher Idiot nicht gewesen sei und auch weiterhin nicht sein wolle. (Heiterkeit.)

Die Dringlichkeit des Antrages wird sohin angenommen und der Antrag einem zehngliedrigen Ausschusse für Landesunternehmungen zugewiesen, in den die Abgeordneten Freiherr von Schwegel, Knez, Dular, Lavrenčič, Dr. Zajec, Bartol, Dr. Krel, Freiherr von Apfaltrern, Dr. Triller und Mandelj gewählt werden.

Landeshauptmann Hofrat von Suflje übernimmt den Vorsitz.

Abg. Dr. Zajec begründet folgenden Dringlichkeitsantrag: Der Landtag wolle beschließen: Das Jagdgesetz für das Herzogtum Krain ist nach folgenden Grundsätzen abzuändern: a) Der Hase wird aus dem Schutze des Jagdgesetzes ausgeschieden. b) Die Verwaltung der Gemeindegajden wird den Gemeinden überlassen. c) das Entschädigungsverfahren wird zweckmäßig umgestaltet. — Abg. Dr. Zajec verweist auf die jahrelangen Bestrebungen, den Hasen aus dem Schutze des Jagdgesetzes auszuschließen; indes seien bis heute die Bestimmungen des kaiserlichen Patentes vom Jahre 1849 nicht wesentlich geändert worden. Krain sei hinter den Nachbarländern zurückgeblieben, weil es kein einheitliches Jagdgesetz besitze. Redner schildert die Mißstände der in Geltung stehenden Jagdbestimmungen, wobei er des öfteren lebhafteste Heiterkeit entfesselt. Die leidige Hasenfrage müsse endlich aus der Welt geschafft werden. Je weniger Hasen es geben würde, desto interessanter werden sie sein. — Redner kritisiert den Modus bei den Jagdverpachtungen sowie den Vorgang beim Entschädigungsverfahren, das sich für den Landwirt zu einem wahren Passionswege gestalte. Einstens habe der Bauer dem Schloßherrn seinen Zehent entrichten müssen, heutzutage entriche er ihn dem Hasen. Die Jagdverpachtung müsse den einzelnen Gemeinden überlassen werden, da Krain landschaftlich so verschieden sei, daß ein allen Landesteilen entsprechendes Gesetz nicht geschaffen werden könne. Dann werden die Entschädigungen auch bedeutend leichter zu erhalten sein. (Beifall.)

Abg. Kobi bezeichnet die Jagdbestimmungen als für die Gemeinden geradezu beschämend. Es stehe nicht zu befürchten, daß sie das im proponierten Gesetze vorgesehene Recht mißbrauchen würden. Nicht die Kirchen auf unseren Hügeln, wohl aber das Jagdgesetz ist ein Zeichen unserer Sklaverei. (Zustimmung.)

Abg. Graf Margheri meint, der Antragsteller habe die Angelegenheit etwas humoristisch aufgefaßt; aber der Jagd stehe hohe Bedeutung zu, denn in Österreich bezifferten sich die Jagdverhältnisse mit über 60 Millionen Kronen, dazu käme ein Verdienst von 45.000 bis 50.000 K auf das Aufsichtspersonale. Wie viel auf Krain entfalle, könne er nicht angeben, da in letzterer Zeit die Jagdverpachtung sehr ausgiebig hinausgegangen sei. Die Jagd sei ein teurer Luxus und komme den Gemeinden ganz bedeutend zugute; sie stelle ein Volkvermögen dar, über das nicht leichtfertig hinausgegangen werden dürfe. Die jagdpolizeilichen Vorschriften aus der josefinischen Zeit entsprechen allerdings nicht mehr den heutigen Verhältnissen, aber man dürfe das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und ein Gesetz schaffen,

das Einnahmsquellen aufbehalte, ohne dafür einen Ersatz zu finden. Im übrigen werde Redners Partei für die Dringlichkeit des Antrages stimmen.

Nachdem sich Abg. Dr. Zajec dagegen verwahrt hatte, daß er die Angelegenheit humoristisch behandelt habe, wird die Dringlichkeit einhellig angenommen. In den Verwaltungsausschuss, dem der Antrag zugewiesen wird, werden die Abgeordneten Jaklič, Dimnik, Rošak, Piber, Freiherr von Lichtenberg, Dr. Drazen, Schollmayer-Lichtenberg, Supančič, Gladnik und Povše entsendet.

Abg. Dr. Pegan begründet nachstehenden Dringlichkeitsantrag: Der Landtag wolle beschließen: Die Gemeindevorordnung und die Gemeindevorordnung sind nach den Grundsätzen der Verallgemeinerung des Wahlrechtes, der Demokratisierung der Gemeindeverwaltung und der Ausschaltung von Gemeindevorordnungen abzuändern. — Abg. Dr. Pegan führt unter anderem aus, er verlange vorläufig das geheime und allgemeine Wahlrecht; später werde auch das gleiche Wahlrecht gefordert werden. Die Ingerenz der politischen Behörden auf die autonomen Korporationen sei zu groß; allgemein herrsche die Anschauung vor, daß die Gemeinden nicht dem Landesauschusse, sondern in erster Reihe der Landesregierung und den Bezirkshauptmannschaften unterständen. In der jüngsten Zeit sei die Doppelsprachigkeit der Orientierungstafeln in den Landgemeinden von der Landesregierung einfach diktiert worden. Die Gemeinden müssen behufs Lösung ihrer sozialen Aufgaben demokratisiert werden. Dringend erforderlich sei endlich die Ausschaltung der Obstruktion, wie sich dies aus dem Falle Apling zur Genüge ergebe.

Abg. Dr. Triller stimmt dem Antrage zu, indes müsse das allgemeine und gleiche Wahlrecht vor allem für den Landtag errungen werden. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kehrt er sich gegen die Virilisten und gegen den Handel mit Ehrenbürgern, worüber Abg. Dr. Pegan nicht gesprochen habe. Sympathisch berühre ihn der Antrag hinsichtlich der Ausschaltung der Obstruktion in den Gemeindevorordnungen; diese haben nicht so sehr Politik zu treiben, als wirtschaftliche Angelegenheiten zu erledigen. In den Gemeinden müsse das Majoritätsprinzip vorherrschen.

Abg. Dr. Pegan erklärt, er habe die vom Abgeordneten Dr. Triller angeführten Umstände auch in sein für den Verfassungsausschuss bestimmtes Elaborat aufgenommen. Dies müsse er vorbringen, damit er nicht der Oberflächlichkeit geziehen würde.

Die Dringlichkeit des Antrages wird angenommen und der Antrag dem Verfassungsausschusse zugewiesen, in den folgende Abgeordnete gewählt werden: Freiherr von Schwegel, Gangl, Drobnič, Matjašič, Zabret, Kavnikar, Jarc, Dr. Pegan, Dr. Triller und Dr. Eger.

Abg. Dr. Zitnik begründet folgenden Dringlichkeitsantrag: Der Landtag wolle beschließen: Das Landesstrafengesetz wird den Verhältnissen und Bedürfnissen entsprechend abgeändert. — Abg. Dr. Zitnik bemängelt mehrere Bestimmungen des Strafgesetzes, insbesondere die des § 31, und wünscht die Abschaffung der Virilstimmen der Höchstbesteuerten in den Bezirksstrafenausschüssen; überdies müßte die Zahl der Gemeindevorordnungen in diesen Ausschüssen nach dem Schlüssel der Steuerverhältnisse vermehrt werden. — Der Antrag wird ohne Debatte dem Verwaltungsausschusse zugewiesen.

Abg. Mandelj begründet folgenden Dringlichkeitsantrag: Der Landtag wolle beschließen: 1.) Es werden Landesversicherungsanstalten für die Versicherung gegen Feuerschäden, für die Lebensversicherung, für die Kindvieh- und Pferdeversicherung gegründet. 2.) Der Landesauschuss wird beauftragt, die einschlägigen Gesetzentwürfe auszuarbeiten. — Abg. Mandelj verweist auf die erfolgreich wirkenden Versicherungsanstalten in Mähren und Niederösterreich; indes wären solche für Krain zu teuer. Wohl aber könnte eine Landesversicherungsanstalt nach dem Muster der von Kärnten mit einem jährlichen Beitrage von 20.000 K errichtet werden.

Abg. Dr. Triller begrüßt die Vieh- und die Feuerversicherung, letztere namentlich unter der Bedingung, daß sie obligatorisch eingeführt würde. Die Lebensversicherung sei heutzutage ein spekulatives Unternehmen; doch werde seine Partei für die Dringlichkeit stimmen, zumal die Viehversicherung sofort ausführbar sei. — Der Antrag wird dem Ausschusse für Landesunternehmungen zugewiesen.

Abg. Dr. Sušteršič begründet folgenden Dringlichkeitsantrag: Der Landtag wolle beschließen: 1.) Die landschaftlichen Ämter werden so reorganisiert, daß sie pünktlich allen Bedürfnissen und Ansprüchen der Landesverwaltung und der Gesetzgebung werden entsprechen können. 2.) Gleichzeitig wird die Instruktion für die Agenden des Landesauschusses und die Beamtendienstpragmatik zeitgemäß abgeändert. — Abg. Dr. Sušteršič erklärt, daß die landschaftlichen Ämter gerade noch zur Rot ihren Verpflichtungen nachzukommen imstande seien, wobei aber die Beamtschaft aufs äußerste ihre Kräfte anspannen müsse. Die Reorganisation koste freilich viel Geld, aber besser kein Amt als ein solches. Die Instruktion sei erloschen, als der Landesauschuss vielleicht nur ein Zehntel der heutigen Agenden zu besorgen hatte; die Dienstpragmatik endlich sei ein vergilbtes, öfters korrigiertes Schriftstück, das mit Würde nur in einem Exemplare habe aufgetübbert werden können.

Der Antrag wird, nachdem noch Abg. Plantan dafür eingetreten war, einem Ausschusse ad hoc zugewiesen, in den die Abgeordneten Graf Barbo, Dr. Tavčar, Dr. Lampe, Dr. Pegan, Dr. Sušteršič und Jarc gewählt werden.

Abg. Jaklič begründet folgenden Dringlichkeitsantrag: Der Landtag wolle beschließen: 1.) In Laibach wird ein landschaftliches Gewerbeförderungsamt und ein landwirtschaftlicher Gewerbebeirat errichtet. 2.) Der Landesaussschuß wird beauftragt, in der kürzesten Zeit alle Vorbereitungen zu treffen, namentlich der Anstalt Beiträge des Staates und jener Korporationen zu sichern, die zu diesem Zwecke solche leisten können, und in der kommenden Session Detailanträge zu stellen. 3.) Für die Vorbereitungen und für die Errichtung dieses Amtes wird dem Landesaussschuße ein Kredit bis 10.000 K aus Landesmitteln bewilligt. — Abgeordneter Jaklič verweist auf den Verfall des Kleingewerbes, dem unbedingt geholfen werden müsse, wozu schon im Jahre 1899 eine Landeskommission eingesetzt worden sei. Das Gewerbeförderungsamt hätte unentgeltlich Aufklärungen zu geben, die Bildung der Kleingewerbetreibenden zu fördern, Kurse, Maschinenausstellungen zu veranstalten, bei der Anschaffung von Maschinen zu vermitteln, Gewerbevereine zu gründen und sie zu beaufsichtigen usw.

Abg. Lenaršič erklärt, die fragliche Angelegenheit habe von der im Jahre 1899 eingesetzten Landeskommission schließlich die Handels- und Gewerbeämter übernommen, die mit Staatsbeiträgen schon einige sehr gut besuchte Kurse veranstaltet habe. Wünschenswert erschiene es, zu den Beratungen des zu gründenden Gewerbeaussschusses auch einen Vertreter der Handels- und Gewerbeämter zuzuziehen.

Der Antrag wird, nachdem noch die Abg. Dr. Zitnik und Turk dafür eingetreten waren, dem Gewerbeaussschuße zugewiesen, in den die Abgeordneten Dr. Freiherr von Born, Pirc, Demšar, Dr. Zajec, Jaklič, Bartol, Galle, Dr. Zitnik, Zabret und Turk gewählt werden.

Der Landeshauptmann unterbricht die Sitzung behufs Konstituierung der Ausschüsse. Es wählen: der Finanzausschuß den Abg. Dr. Zitnik zum Obmann und den Abg. Dr. Tavčar zu dessen Stellvertreter; der Verwaltungsausschuß den Abg. Kovše zum Obmann und den Abg. Freiherrn von Liechtenberg zu dessen Stellvertreter; der Ausschuß für Landesunternehmungen den Abg. Dr. Zajec zum Obmann und den Abg. Knez zu dessen Stellvertreter; der Verfassungsausschuß den Abg. Dr. Pegan zum Obmann und den Abg. Dr. Eger zu dessen Stellvertreter; der Ausschuß für die Reorganisation der Landesämter den Abg. Jarc zum Obmann und den Abgeordneten Dr. Tavčar zu dessen Stellvertreter; der Gewerbeaussschuß den Abg. Demšar zum Obmann und den Abg. Galle zu dessen Stellvertreter.

Die Dringlichkeitsanträge des Abg. Dr. Triller (Regelung der Lehrergehalte, Befreiung von Neubauten von Landesumlagen), Plantan (Darlehen der Stadtgemeinde Laibach im Betrage von 2.450.000 K) werden über Antrag des Landeshauptmannes dem Finanzausschuße, der Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Gaml (Schulreferent im Landes Schulrate, Verlegung des Landes Schulinspektors Belar) dem Schulaussschuße zugewiesen.

Abg. Piber begründet folgenden Dringlichkeitsantrag: Der Landtag wolle beschließen: Der Verwaltungsausschuß wird beauftragt, sofort einen Gesetzentwurf über den Alpenschutz auszuarbeiten. — Abgeordneter Piber sagt, daß alle übrigen Alpenländer schon eigene Gesetze über den Schutz der Alpen besitzen und zu diesem Zwecke vom Staate reichlich subventioniert werden; auch wendet er sich gegen den Verkauf von Alpengründen. — Der Antrag wird, nachdem Abg. Graf Margheri zum Gegenstande gesprochen, dem Verwaltungsausschuße zugewiesen.

Abg. Jarc begründet folgenden Dringlichkeitsantrag: Der Landtag wolle beschließen: 1.) Die Zentralregierung wird aufgefordert, sofort alle verfassungsmäßigen Schritte zur tunlichst raschen Errichtung einer slovenischen Hochschule, und zwar zuerst der theologischen und juristischen Fakultät, in Laibach einzuleiten. 2.) Mit Rücksicht auf die Landesinteressen spricht sich der Landtag gegen Triest als Sitz der italienischen Hochschule aus. — Abg. Jarc erklärt, die Frage der slovenischen Universität habe, seit Minister Marchet dem Kommando der deutschen Burschenschaft nachgegeben, nebst dem früheren rein kulturellen Charakter eine politische Färbung erhalten. Laut einer Mitteilung des „Slovenec“ sei der Rektor der Wiener Universität zu einem Agitator für den deutschen Schulverein und die „Südmart“ herabgesunken. Die italienischen Studenten hätten erst dann bei der österreichischen Regierung Schutz gefunden, als Tittoni im italienischen Parlamente dafür eingetreten sei. — Redner bespricht die Sperrung der Wiener Mensa academica für die slovenischen Studenten sowie einen Vorfall in Graz, wo der deutsche Student Wahr dem slovenischen Studenten Trabner ohne jedwede Veranlassung mit einem Knüttel die Schädeldecke eingeschlagen habe. (Entrüstungsrufe.) — Die Errichtung der italienischen Universität in Triest wäre für Krain insofern von materiellem Nachteil, als sie aus Bequemlichkeitsgründen auch von den der italienischen Sprache mächtigen künftigen Slovenen besucht würde. Die Italiener hätten gewiß ein Anrecht auf ihre Universität; aber diese gehöre nach Südtirol, wo

die Italiener in kompakter Masse wohnen, während Triest keine rein italienische Stadt sei. Bei uns werde der nationale Frieden erst dann einkehren, wenn die in den Staatsgrundgesetzen gewährleisteten Rechte auch tatsächlich geübt werden. Dazu gehöre aber nebst slovenischen Volks- und Mittelschulen eine slovenische Universität in Laibach.

Abg. Dr. Dražen lehrte sich gegen den Vorwurf, daß die Slovenen keine eigene Kultur besäßen. Sei dies der Fall, so treffe die Schuld die Deutschen, die sie nicht zulassen wollen. Die slovenischen Studenten werden fortan nicht nach Graz oder Wien gehen, um sich von deutschen Burschen totschlagen oder aushungern zu lassen. Was für ein Mäuschen sei durch den deutschen Blätterwald gegen den Boykott in Laibach gegangen, der infolge der nationalen Fäulheit nicht einmal zur Durchführung gelangt sei; aber als die Wiener Mensa academica gesperrt und endlich wohl, aber nur für die deutschen Studenten wieder eröffnet wurde, habe niemand davon Notiz genommen. — Erst nach der Errichtung der slovenischen Universität in Laibach werden wir sagen können: Wir haben unsere eigene Kultur. Diese aber werde sich gewiß schöner als die deutsche Kultur an den deutschen Universitäten entwickeln.

Die Dringlichkeit des Antrages wird in Abwesenheit der Vertreter des Großgrundbesitzes angenommen und der Antrag selbst dem Schulausschuße zugewiesen.

Der Landeshauptmann schließt die Sitzung nach achtstündiger Dauer um halb 7 Uhr abends und ordnet die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 13. d. M., um 10 Uhr vormittags an.

Manifestationsversammlung für die slovenische Universität in Laibach.

Im großen Saale des Hotels „Union“ fand gestern vormittags eine von slovenischen Hochschülern einberufene Manifestationsversammlung für die slovenische Universität in Laibach statt. Daran nahmen die Herren Landtagsabgeordneten Gaml, Jarc, Knez, Mandelj, Dr. Pegan, Rabnikar, Dr. Tavčar, Turk und Doktor Zajec sowie Herr Reichsratsabgeordneter Gostinčar teil. Die Zahl der Teilnehmer überhaupt kann auf 3000 Personen geschätzt werden.

Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde der Präses der „Profeta“, Herr Jurist Trampus, gewählt, der die Versammlung begrüßte und das Wort Herrn Professor Jarc als Vertreter der slovenischen Volkspartei erteilte. Herr Professor Jarc machte zunächst die Mitteilung, daß der Obmann der slovenischen Volkspartei, Herr Dr. Sušteršič, krankheitshalber am Erscheinen verhindert sei, und erörterte sodann die Notwendigkeit der Errichtung der slovenischen Universität in Laibach. Die slovenische Volkspartei habe seit jeher den Standpunkt eingenommen, daß diese Universität in den kulturellen Bestrebungen des slovenischen Volkes begründet sei. Wissen ist Macht, ist Sieg. Die Akademiker in Graz und Wien kämpfen um ihre Existenz; aber sie mögen versichert sein, daß sie sowohl an den slovenischen Landtagsabgeordneten als auch am vereinigten slavischen Zentrum des Abgeordnetenhauses stets einen kräftigen Rückhalt finden werden. Die Reichsratsabgeordneten werden nicht ruhen, bevor sie das erringen, was man der numerisch schwächeren italienischen Bevölkerung unter dem Druck einer auswärtigen Macht zugestanden habe. — Die slovenische Volkspartei werde die Agitation für die slovenische Universität bis in letzte Gebirgsdörfer tragen, damit das Volk erfahre, wie man seinen Söhnen den Zutritt zur Mensa academica in Wien verwehre, wie sie von den deutschen Burschen in Graz toteschlagen werden. (Entrüstungsrufe.) Dann werde der Sieg unser sein. (Lebhafter Beifall.)

Herr Jurist Matlačen referierte über die Lage an den österreichischen deutschen Universitäten. Die slovenischen Hochschüler seien den brutalsten Angriffen der deutschen Burschen ausgesetzt; sie werden nur als Gäste betrachtet, aber sie wollen gleichberechtigte akademische Bürger sein. Solange unsere Steuerzahler die Universitäten erhalten, bleiben diese österreichisch und nicht etwa ein Besitz des deutschen Volkes. (Zustimmung.) Redner besprach die Vorfälle anlässlich der Hauptversammlung des Cyril- und Methodvereines in Pettau sowie den Bummel der deutschen Couleurstudenten in Prag, wo an der deutschen Universität völlige Anarchie herrsche. Nicht weniger traurig seien die Zustände an der Wiener Universität. Herr Matlačen schilderte, des öfteren von Entrüstungsrufen der Zuhörerschaft unterbrochen, die Schlägereien zwischen den israelitischen und den deutsch-nationalen Studenten, weiters den Überfall der italienischen Studenten durch die deutschen Burschen, wobei erstere, um sich der Übermacht von 2000 Gegnern zu erwehren, Revolverschüsse haben abgeben müssen. Dieser Vorfall habe zur Schließung der Universität sowie zu der der Universitätsbibliothek und schließlich über Einschreiten der deutsch-nationalen Studentenschaft zur Sperrung der Mensa academica für alle nicht deutschen Hochschüler geführt. Als diese wieder eröffnet worden sei, sei sie von den deutschen Couleurstudenten einfach besetzt worden, und dann seien sie beim Abgange von der Polizei in Schutz genommen worden, um mit der Absingung der „Wacht am Rhein“ unbehelligt abzugehen. — Redner kritisierte in scharfen Worten das Vorgehen des Rektors der Wiener

Universität, der den Anschlag des an die deutschen Juristen gerichteten Aufrufes, betreffend deren Eintritt bei den Gerichtsämtern in Südtirol, in der Aula gestattet habe und dadurch zum Agitator für den Deutschen Schulverein und für die „Südmart“ geworden sei. In Osterreich scheine sich der deutsche Volksrat immer mehr zur ersten Autorität aufzuschwingen; da dürste denn in der Folge von der slavischen Studentenschaft die Objektivität der Prüfungskommissionen mit Recht in Zweifel gezogen werden. (Zustimmung.) Auf die Universität in Graz übergehend, besaßte sich Redner mit dem Umstande, daß der dortige Rektor einen in der „Neuen Freien Presse“ erschienenen Artikel von Dr. Brockhausen, dem Verwalter der Knappschafts Stipendien, in der Universität habe anschlagen lassen, einen Artikel, worin die slovenische Nation durch den Ausspruch schwer beleidigt wurde, sie sei noch lange nicht reif für eine eigene Universität. Rektor Silbebrand habe dem Ansuchen der slovenischen Deputation um Entfernung dieses Artikels sowie um Überlassung eines Saales im Universitätsgebäude zwecks Abhaltung einer Versammlung für die slovenische Universität in Laibach keine Folge gegeben, sondern sie eingeladen, nach drei bis vier Tagen wieder vorzusprechen. Die Deputation sei vor dem Eingange von den deutschen Studenten mit huronischem Geschrei und beleidigenden Zurufen empfangen worden; hierbei wurde einem ruhigen slovenischen Studenten die Schädeldecke eingeschlagen. (Entrüstungsrufe.) Nach drei Tagen habe die Deputation vom Rektor den Bescheid erhalten, daß er den slovenischen Hochschülern nach den Laibacher Vorfällen wohl keinen Saal überlassen könne. Für die Abhaltung der Protestversammlung sei dann in ganz Graz kein Saal aufzutreiben gewesen, ja den akademischen slovenischen Vereinigungen seien die Vereinslokale über Initiative der deutschen Burschen einfach gekündigt worden. — Unter solchen Umständen müsse sich das ganze Volk in der Forderung nach einer slovenischen Universität in Laibach vereinigen. (Stürmische Zustimmung und Handklatschen. Ruf auf der Galerie: Die Revolver in die Hand und wir werden sie sofort erhalten. Der Regierungsvertreter macht den Vorisenden auf die Unzulässigkeit solcher Zwischenrufe aufmerksam.)

Als zweiter Redner referierte Herr Jurist Crnić über die Entwicklung der slovenischen Universitätsfrage. Er verwies zunächst auf den Umstand, daß schon in der Franzosenzeit in Laibach eine vollständige Universität bestanden habe; ja bereits im Jahre 1596 hätten die Jesuiten eine theologische und eine philosophische Fakultät ins Leben gerufen, die bis 1784 erhalten geblieben sei. In den Jahren 1848 und 1849 habe es eine juristische Fakultät gegeben; in den Jahren 1850 bis 1855 seien in Graz an der juristischen Fakultät Vorlesungen in slovenischer Sprache abgehalten worden. Seitdem habe die slovenische Studentenschaft ihr Leben an deutschen Universitäten fristen müssen. Erst im Jahre 1898 habe der krainische Landtag für eine slovenische Universität in Laibach eine halbe Million Kronen votiert und die Stadtgemeinde den Betrag von 100.000 K für Universitätszwecke bewilligt, während vom Landesaussschuße zwei Stipendien zu je 800 K für die Ausbildung von Universitätslehrern freier worden seien. Seither sei die Frage der slovenischen Universität um keinen Schritt vorgerückt. Infolge des Vorgehens der deutschen Studentenschaft aber sei sie nun in ein ganz neues Stadium getreten. Fort von Wien und fort von Graz! (Zustimmung.) — Die acht Millionen zählenden Deutschen in Osterreich haben 16 Hochschulen; die 1/2 Millionen starken Slovenen samt den eine Million zählenden Kroaten und Serben in Dalmatien haben keine einzige Universität. Die slovenischen Hochschüler, gegen 700 an der Zahl, lassen gering gerechnet, alljährlich 350.000 K in Wien und Graz und werden trotzdem als Eindringlinge betrachtet. Was man von der Regierung als Provisorium fordern müsse, sei die Schaffung von Stipendien behufs Ausbildung von Universitätsdozenten und Professoren sowie die Anerkennung der an der Universität in Agram abgelegten Prüfungen, weiters die Möglichkeit der Habilitation slovenischer Dozenten an den österreichischen Universitäten. Aber die Frage müsse auch endgültig gelöst werden. Die slovenischen Reichsratsabgeordneten müssen energischer als bisher dafür eintreten; weiters habe das ganze slovenische Volk die Pflicht, für seine Söhne einzustehen, die sonst zu verzweifelten Mitteln ähnlich jenen der italienischen Studenten greifen müßten. (Stürmischer Beifall.)

Sodann gelangten fünf Resolutionen zur Verlesung, in deren erster gegen den Terrorismus der deutsch-nationalen Studentenschaft und gegen das parteiische Verhalten der akademischen Behörden protestiert sowie die Regierung ersucht wird, die gesetzlich gewährleistete Gleichberechtigung an den Universitäten zu wahren. In der zweiten Resolution wird die Regierung zur Einbringung einer Vorlage, betreffend die sofortige Errichtung einer slovenischen Universität in Laibach, aufgefordert; als Provisorium wird die Errichtung von Staatsstipendien für slovenische Dozenten sowie die Anerkennung der an der Agramer Universität abgelegten Prüfungen verlangt. Die dritte Resolution kehrt sich gegen die Errichtung einer italienischen juristischen Fakultät in Triest als einer auf ausschließlich slovenischem Territorium liegenden Stadt. Diese Konzession für die Italiener, deren Recht auf eine eigene Universität im übrigen aner-

fannt wird, würde den nationalen Kampf im österreichischen Süden aufs äußerste verschärfen. In der vierten Resolution wird gegen den Rektor der Universität in Wien Stellung genommen und für die dem slovenischen Volke widerfahrene Beleidigung Genugtuung verlangt; in der fünften Resolution endlich werden die südslavischen Abgeordneten aufgefordert, auf ihrem entschiedenen Standpunkte solange auszuharren, bis sie den berechtigten slovenischen Forderungen zum vollständigen Siege verhelfen.

Herr Zalar stellte den Zusatzantrag, daß sich die Teilnehmer an der Versammlung mit den Universitätsbestrebungen und der Wöhnen und Ruthenen solidarisch erklären und die Erwartung aussprechen, daß auch die slavischen Abgeordneten die slovenischen Universitätsbestrebungen unterstützen werden.

Herr Landtagsabgeordneter Dr. Tavčar erklärte, daß die Regierung die slovenische Universität bewilligen müsse, weil die Slovenen in jeder Beziehung fortschreiten wollen. Die Eltern der Hochschüler müssen volle Gewähr dafür erhalten, daß sich letztere an den Universitäten ausbilden, nicht aber verrohen werden; einen solch verrohten Nachwuchs wie an den deutschen Universitäten gebe es eben nirgends mehr. (Stürmische Zustimmung.)

Die Resolutionen samt dem Antrage Zalar wurden sodann einstimmig angenommen, worauf der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung schloß, sich jedweder Straßendemonstration zu enthalten, da das Hotel „Union“ von Gendarmen umstellt sei. (Rufe: Abzug Schwarz! Pfuirufe.) Ein Teil der Versammelten stimmte nach Schluß der Versammlung das Lied „Hej Slovani“ an und entfernte sich aus dem Saale, wobei Zibio-Rufe auf die slovenische Universität laut wurden.

Im Laufe der Versammlung waren mehrere Drahtgrüße von den slovenischen akademischen Vereinen in Graz und Wien sowie vom Bürgermeister Stribar aus Wien eingetroffen, deren Verlesung lebhaften Beifall hervorgerufen hatte.

* (Staatsubvention.) Seine Excellenz der Leiter des k. k. Ackerbauministeriums hat ausnahmsweise zu den Kosten der bereits hergestellten Wasserleitung in Altendorf bei Sairach, politischer Bezirk Voitsch, einen Staatsbeitrag von rund 2800 K bewilligt.

* (Aus der Diözese.) Die unter dem Patronate des Schlosses Senofsch stehende Pfarre Prem im politischen Bezirke Adelsberg wurde dem bisherigen Pfarradministrator dortselbst, Herrn Martin Sterjanec, verliehen. — Die unter dem Patronate des Schlosses Bischoflack stehende Pfarre Nevoßlj im politischen Bezirke Krainburg wurde dem bisherigen Pfarradministrator dortselbst, Herrn Franz Jorec, verliehen. — r.

* (Mitteilungen aus der Praxis.) Im Falle der Änderung der Statuten eines Vereines steht der Vereinsbehörde das Prüfungsrecht bezüglich des ganzen Umfangs der vorgelegten Statuten zu, gleichgültig, ob es sich um neue Statutenbestimmungen oder um solche handelt, die bereits in den früheren Statuten enthalten waren. Wenn zu den Ausschuffungen des Vereines alle Vereinsmitglieder den Zutritt haben, so erlangen diese Sitzungen den Charakter von Vereinsversammlungen und sind den für diese bestehenden Bestimmungen unterworfen.

* (Dullersche Mädchenaussteuerstiftung.) Das Jahresergebnis pro 1908 per 1000 K der Josef Dullerschen Mädchenaussteuerstiftung ist zu vergeben. Anspruch auf diese Stiftung haben die ehelichen Nachkommen weiblichen Geschlechtes der Geschwister des am 5. August 1863 in Groß-Verchendorf bei Rudolfswert verstorbenen Stiefers, welche sich im Jahre 1908 verehelicht haben, insofern sie gut gesittet und des Lesens der Landessprache kundig sind. Bewerberinnen um diese Stiftung haben die mit dem legalen Stammnamme, dem Sittenzeugnisse und dem Nachweise der Lesenkundigkeit, dann mit dem Trauungscheine belegten Gesuche bis zum 1. März 1909 bei der Landesregierung in Laibach zu überreichen.

— (Aktiengesellschaft der vereinigten Bierbrauereien Sachsenfeld und Tüffer.) Im Gartenfalon des Hotels „Nirija“ fand gestern vormittags die sechste ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der vereinigten Bierbrauereien Sachsenfeld und Tüffer in Anwesenheit von 37 Aktionären statt, welche 4717 Aktien mit einem Aktienkapital von 943.400 K vertraten. Nachdem der Vorsitzende Dr. Brenzic die Versammlung begrüßt, erstattete namens des Verwaltungsrates Direktor Balzer den Rechnungsabluß für das abgelaufene Geschäftsjahr, welches für die Brauindustrie im allgemeinen als sehr ungünstig bezeichnet werden muß. Der allgemeine Bierbock, dann die außerordentlich reiche Obst- und Weinernte übten auf den Bierhandel einen geradezu lähmenden Einfluß aus. Infolge dieser ungünstigen Konjunktur wurden von den genannten vereinigten Bierbrauereien nur 27.975 Hektoliter Bier gebraut, somit um 2455 Hektoliter weniger als im Vorjahre. Außerdem erfuhr die Rohprodukte (Gerste und Malz) eine bedeutende Preissteigerung. Trotzdem wurde im abgelaufenen Geschäftsjahre ein zwar bescheidener Reingewinn von 7270 K 5 h erzielt. Von dem erzielten Reingewinn wurden 10 % dem Reservefond zugeschlagen und der Rest auf neue Rechnung vortragen. Der neugewählte Verwaltungsrat besteht aus den Herren: Advokat Dr. Alois Brenzic in Cilli

(Präsident), Advokat Dr. Josef Karlovsek in Cilli, Realitätenbesitzer und Abgeordneter Franz Roblek in Sachsenfeld, Großgrundbesitzer Ferdinand Ros in Praßnitz, Bürgermeister Josef Sirca in Sachsenfeld und Direktor der Kreditbank Alois Tychač in Laibach. Zu Rechnungsrevisoren wurden die Herren Ernst Benzenek, Josef Berk und Franz Jost bestellt.

— (Literarischer Abend.) Freitag, den 8. d. M., hielt Herr Prof. Dr. Puschnik im Ballsaale des „Kasino“ einen Vortrag über „Das deutsche Volkslied“. Der Redner legte seinen Ausführungen das 1806 erschienene Buch von Clemens Brentano „Des Knaben Wunderhorn“ zugrunde. Nachdem er Wesen und Bedeutung des deutschen Volksliedes gekennzeichnet hatte, brachte er eine Reihe der schönsten und bekanntesten Lieder aus jener berühmten Sammlung zum Vortrag, allerdings mit einer Ausnahme, nur Liebeslieder, um an jedes eine kurze Besprechung zu knüpfen. Besonders interessant war die Umgestaltung von Goethes Liedchen „Kleine Blumen, kleine Blätter“ im Volksmunde, der alles auf den schlichtesten konträsten Ausdruck zu bringen sucht. Die zahlreich erschienenen spendeten dem Redner reichen Beifall. — Donnerstag den 14. d. M., abends um 8 Uhr findet im gleichen Saale ein Vortrag des Herrn Dr. Hegemann über „Romeo und Julia“ statt.

— (Deutsch-evangelischer Bund.) Heute abends um 8 Uhr hält der hiesige Ortsverein seine Jahresversammlung im Kasino ab. Vortrag des Herrn Egger aus Klagenfurt.

— (Für Branntweinbrenner.) Das k. k. Finanzministerium hat mit dem Erlasse vom 23. Dezember 1908, Z. 91.169, im Einvernehmen mit dem königlich ungarischen Finanzministerium in Erläuterung der §§ 32 und 40 des mit dem zweiten Teile der kaiserlichen Verordnung vom 17. Juli 1899, R. G. Bl. Nr. 120 ex 1899, abgeänderten Branntweinsteuergesetzes vom 20. Juni 1888, R. G. Bl. Nr. 95 ex 1888, erklärt, daß Brennereien, welche gedörrte Pflaumen verarbeiten, unter die Bestimmung des § 32, III, des bezogenen Gesetzes, einzureihen sind und somit nicht unter die Produktionsabgabe, sondern unter die Konsumabgabe fallen, weil Maische aus gedörrten Pflaumen sich als eine Flüssigkeit von höherem Zuckergehalte im Sinne der vorzitierten gesetzlichen Bestimmungen darstellt. Es dürfen demnach mit Rücksicht auf diese Anordnung die hiesigen Perzeptionsämter (Steuerämter) von den der Produktionsabgabe unterliegenden Brennereien Anmeldungen über die Erzeugung von Branntwein aus gedörrten Pflaumen nicht mehr annehmen. — Da im Kronlande Krain in mehreren der Produktionsabgabe unterliegenden Brennereien Branntwein aus gedörrten Pflaumen erzeugt wird, so wird das Publikum auf die obige Anordnung mit dem Beifuge aufmerksam gemacht, daß die weiteren Informationen im Gegenstande bei den hiesigen k. k. Steuerämtern und k. k. Finanzwachabteilungen eingeholt werden können.

— (Durchzugskostenverpflegung in Krain und im Küstenlande.) Das k. k. Ministerium für Landesverteidigung hat die Vergütung, welche für die Mannschaft vom Fähnrich abwärts am Durchzuge vom Quartierträger zu verarbeitende Mittagsloft zu leisten ist, mit Zustimmung des Reichskriegsministeriums für das Jahr 1909 wie folgt festgesetzt: a) In Krain: für Laibach mit 55 h, für alle übrigen Orte mit 50 h; b) im Küstenlande: für Triest mit 67 h, für alle übrigen Orte mit 63 h. — Im Vorjahre betrug die Durchzugskosten in Laibach 57 h, in den übrigen Orten Krains 51 h; in Triest 67 h, in den übrigen Orten des Küstenlandes 63 h.

— (Der slovenische kaufmännische Verein „Merkur“ in Laibach) hielt Sonntag vormittags eine gut besuchte Versammlung seiner Mitglieder zu dem Zwecke ab, um die Wünsche der Mitglieder bezüglich der Einrichtung und Ausgestaltung des noch im laufenden Jahre zu aktivierenden Unterstützungsfonds zu erfahren. Nach Begrüßung der erschienenen durch den Vizepräsidenten Herrn M. Vileg besprach Herr Dr. Franz Windischer eingehend sämtliche Zweige der Vereinstätigkeit, erörterte die verschiedenen Arten der Unterstützungen, welche aus dem Unterstützungsfonds gegeben werden könnten, und zeigte, mit welchen Mitteln bei Aktivierung des Fonds gerechnet werden könnte. Die Versammlung einigte sich dahin, daß der Fonds nachstehenden Zwecken zu dienen hätte: Unterstützungen für den Fall der unverschuldeten Stellenlosigkeit, Unterstützungen an Erwerbsunfähige sowie Witwen und Waisen. Der Ausschluß wird nunmehr ein Statut verfassen und es der am 24. Jänner stattfindenden ordentlichen Jahresversammlung zur Beschlußfassung vorlegen.

— (Todesfall.) Am 8. d. M. um 3 Uhr nachmittags ist in Eisern der pensionierte Oberlehrer und Hausbesitzer Herr Josef Levcnik im 83. Lebensjahre nach kurzer Krankheit verschieden. Das Leichenbegängnis hat am 10. d. nachmittags stattgefunden. Wir behalten uns vor, über den Lebenslauf und die vielseitige Tätigkeit dieses hochverdienten Mannes Näheres zu berichten.

* (Rehrichbrand.) Im Verpflegungsmagazin entstand gestern gegen 10 Uhr abends in der Rehrichgrube durch hineingeworfene glühende Asche ein Feuer, das jedoch von der auf dem Wege ins Depot begriffenen Feuerwache sofort gelöscht wurde.

Theater, Kunst und Literatur.

** (Philharmonische Gesellschaft.) Das gestern veranstaltete dritte Mitgliederkonzert der Philharmonischen Gesellschaft vermittelte den zahlreich erschienenen Musikfreunden die Bekanntschaft einer Suite: „Aus dem Morgenlande“ unter persönlicher Leitung des Komponisten, der besonderer Ehrungen seitens des dankbaren Publikums teilhaftig ward. Die Opernsängerin Fräulein Mary von Semont sang mehrere Lieder mit schönem Erfolge und eine entzückende Sinfonie von Haydn beschloß den Abend. — Ein näherer Bericht folgt. J.

Telegramme

des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.

Sitten, 10. Jänner. Im benachbarten Dorfe Raz stürzte während des Gottesdienstes das Kirchengewölbe ein. Bierzig Personen sollen tot, sechzig verwundet sein.

Meßina, 10. Jänner. Das Wetter ist neuerdings sehr schlecht geworden. Es regnet in Strömen unter elektrischen Entladungen und Erdstößen, die allerdings weniger stark sind. Die Truppen setzen ihre Nachforschungen nach Lebendigbegrabenen noch immer eifrig fort. Ein großer Teil wird indes zum Bau von Baracken verwendet, in denen die staatlichen Ämter, die künftige Garnison und die Bevölkerung untergebracht werden sollen. Der Gesundheitszustand ist zufriedenstellend. Es herrscht vollkommene Ordnung.

Vissabon, 9. Jänner. In Azaruja und Arayolos bei Evora wurde ein Erdstoß verspürt. Die Einwohner verließen erschreckt die Häuser. Es wurde kein Schaden angerichtet.

Verantwortlicher Redakteur: Anton Funtel.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Seehöhe 306,2 m. Mittl. Luftdruck 736,0 mm.

Table with 6 columns: Jänner, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0°C reduziert, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Ansicht des Himmels, Niederschlag in Millimetern. Rows for 9th and 10th Jan.

Das Tagesmittel der Temperatur vom Samstag beträgt 0,3°, Normale -2,7°, vom Sonntag -1,1°, Normale -2,7°.

Seismische Berichte und Beobachtungen der Laibacher Erdbebenwarte

(gegründet von der Krain. Spartasse 1897).

(Ort: Gebäude der k. k. Staats-Oberrealschule.)

Lage: Nördl. Breite 46° 03'; Östl. Länge von Greenwich 14° 31'.

Bebenberichte: Am 1. Jänner heftige Erdstöße in Algier. — Am 3. Jänner gegen 21 Uhr Erdstoß III. Grades in Spolato (Peruggia). — Am 5. Jänner gegen 6 Uhr 30 Min. und am 6. Jänner gegen 3 Uhr Erdstoß III. Grades in Gallipoli (Vesce). — Am 8. Jänner vormittags und abends leichte Erschütterung in Evora (Portugal); gegen 18 Uhr 30 Min. Erdstoß VI. Grades in Mileto, IV. Grades in Tropea, III. Grades in Tiriolo und Mineo, verzeichnet in Tarent, Ischia und Rocca di Papa.

Bodennunruhe** Am 10. Jänner am 12-Sekundenpendel «schwach» bis «sehr schwach», an den beiden kurzperiodischen Pendeln «mäßig stark». Von gestern auf heute ist infolge einer Verstärkung eingetreten, als letztere Pendel heute am 11. Jänner «mäßig stark» bis «starke» Bodennunruhe anzeigen.

* Die Zeitangaben beziehen sich auf mitteleuropäische Zeit und werden von Mitternacht bis Mitternacht 0 Uhr bis 24 Uhr gezählt.

** Die Bodennunruhe wird in folgenden Stärtegraden klassifiziert: Ausschläge bis zu 1 Millimeter «sehr schwach», von 1 bis 2 Millimeter «schwach», von 2 bis 4 Millimeter «mäßig stark», von 4 bis 7 Millimetern «stark», von 7 bis 10 Millimetern «sehr stark» und über 10 Millimeter «außerordentlich stark». — Allgemeine Bodennunruhe bedeutet gleichzeitig auftretende «starke» Unruhe an allen Pendeln.

Advertisement for 'Wohnung' (apartment) consisting of six to eight rooms, with details about location and contact information for Frau Louise Lassnik.

Advertisement for a memorial service for Oberstleutnant Leyrer, mentioning a public subscription and the names of the organizers.



Vom tiefsten Schmerze gebeugt, geben wir allen lieben Verwandten und teilnehmenden Freunden die Nachricht, daß Herr

Dr. Ivan Mrak

k. k. Finanzrat, Ritter des Franz Josef-Ordens

Samstag den 9. Jänner d. J. um 9 Uhr vormittags im 52. Lebensjahre plötzlich verschieden ist. Die irdische Hülle des teuren Dahingeshiedenen wird **Dienstag** den 12. d. M. um **halb 3 Uhr nachmittags** in der **Kapelle zu St. Christoph** eingesegnet und sodann auf dem Friedhofe zum Hl. Kreuz beigesetzt werden.

Die heil. Seelenmessen werden **Donnerstag** den 14. d. M. um 8 Uhr früh in der **Dombkirche** gelesen werden.

Den unvergeßlichen Verblichenen empfehlen wir dem frommen Gebete und bitten um **stilles Beileid**.

Laibach, den 9. Jänner 1909.

Fr. Pever
als Schwager.

Angela Mrak geb. Jencič
als Gattin.

Paula Pever geb. Mrak
Hemma Mrak

als Schwestern.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Kurse an der Wiener Börse (nach dem offiziellen Kursblatte) vom 9. Jänner 1909.

Die notierten Kurse verstehen sich in Kronenwährung. Die Notierung sämtlicher Aktien und der »Diversen Lose« versteht sich per Stück.

Allgemeine Staatsschuld.		Bom Staate zur Zahlung übernommene Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.		Pfundbriefe usw.		Böhm. Staats-Goldanleihe 1907 f. 100 Kronen.		Wiener Komm.-Lose v. J. 1874		Industrieunternehmungen.	
Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware
<p>Einheitliche Rente: 4% konver. steuerfrei, Kronen (Mai-Nov.) per Kasse 94-10 94-30 detto (Jän.-Juli) per Kasse 94-10 94-30 4-2% d. B. Noten (Febr.-Aug.) per Kasse 96-90 97-10 4-2% d. B. Silber (April-Sept.) per Kasse 96-90 97-10 1860er Staatslose 500 fl. 4% 152-25 156-25 1860er " 100 fl. 4% 208- 212- 1864er " 100 fl. 4% 263- 267- 1864er " 50 fl. 4% 263- 267- Dom.-Pfundbr. à 120 fl. 5% 291-25 292-25</p>											
<p>Staatsschuld der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder. Oesterr. Goldrente steuerfr., Gold per Kasse 4% 114-65 114-85 Oesterr. Rente in Kronenwähr., steuerfrei, per Kasse 4% 94-20 94-40 detto per Ultimo 4% 94-20 94-40 Oest. Investitions-Rente, steuerfrei, Kr. per Kasse 3 1/2 % 83-85 84-05</p>											
<p>Eisenbahn-Staatsschuldverschreibungen. Elisabeth-Bahn f. W., steuerfrei, zu 10.000 fl. 4% --- --- Franz-Joseph-Bahn, in Silber (div. St.) 5 1/2 % 116-75 117-75 Galizische Karl Ludwig-Bahn (div. St.) Kronen 4% 94-20 95-20 Rudolf-Bahn, in Kronenwähr., steuerfrei, (div. St.) 4% 94-30 95-30 Sorarberger Bahn, steuerfrei, 400 und 2000 Kronen 4% 94-50 95-50</p>											
<p>Zu Staatsschuldverschreibungen abgestempelte Eisenbahn-Aktien. Elisabeth-Bahn, 200 fl. K.-W. 5 1/2 % von 400 Kronen 452- 454- detto Linz-Budweis 200 fl. d. B. in Silber, 5 1/2 % 426- 429- detto Salzburg-Tirol 200 fl. d. B. in Silber, 5 1/2 % 419- 421- Kremstal-Bahn 200 und 2000 Kronen, 4% 192- 193-</p>											
<p>Staatsschuld der Länder der ungarischen Krone. 4% ung. Goldrente per Kasse 109-45 109-65 4% ung. Rente in Kronenwähr., steuerfrei, per Kasse 90-95 91-15 detto per Ultimo 90-95 91-15 3 1/2 % detto per Kasse 80-45 81-65 Ung. Prämienanleihe à 100 fl. detto à 50 fl. 184- 188- Theiß-Reg.-Lose 4% 140-75 144-75 4% ung. Grund- u. Hypothek.-Obligationen 92-35 93-35</p>											
<p>Anderer öffentl. Ansehen. Böhm. Landesbank (div.) 4% 89-25 90-25 Böhm.-herzog. Eisenb.-Landesbank (div.) 4 1/2 % 96-50 97-50 5% Donau-Reg.-Anlehen 1878 103-20 104-20 Wiener Verkehrsanlehen 4% 94-10 95-10 detto 1900 4% 94-20 95-20 Anlehen der Stadt Wien (E. oder W.) 1874 121-10 122-10 detto (1894) 93-80 94-60 detto (Gas) v. J. 1898 95-25 96-25 detto (Elektr.) v. J. 1900 95-25 96-25 detto (Zub.-A.) v. J. 1902 94-75 95-75 detto v. J. 1908 95-30 96-05 Wörtenbau-Anlehen verlosb. 4% 95-50 96-50 Russische Staatsanl. v. J. 1906 f. 100 K per Kasse 5% 97-15 97-65 detto per Ultimo 5% 97-15 97-60 Bulg. Staats-Hypothekendarlehen 1892 6% 118-75 119-75</p>											
<p>Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oesterr. Nordwestbahn 200 fl. E. Staatsbahn 500 fr. 103-25 104-25 Südbahn à 3% Jänner-Juli 500 fr. (per St.) 390- 397- Südbahn à 5% 200 fl. E. o. W. 263-50 264-50 Südbahn à 5% 200 fl. E. o. W. 116-90 117-90</p>											
<p>Diverse Lose. (Per Stück.) Bergnische Lose. 3% Bodenkredit-Lose Em. 1880 264-50 270-50 detto Em. 1889 259- 265- 5% Donau-Regul.-Lose 109 fl. 250-50 256-50 Serb. Präm.-Anl. p. 100 fr. 2% 89-50 95-50</p>											
<p>Anverzinsliche Lose. Bubap. Walsilla (Domban) 5 fl. 19-80 21-80 Kreditlose 100 fl. 469-50 479-50 Clara-Lose 40 fl. K.-W. 142- 152- Oester-Lose 40 fl. 225- - Palfy-Lose 40 fl. K.-W. 195- 205- Roten Kreuz, div. Gef. v. 10 fl. 50-75 54-75 Roten Kreuz, ung. Gef. v. 5 fl. 26-65 28-65 Rudolf-Lose 10 fl. 66- 70- Salm-Lose 40 fl. K.-W. 235- 245- Zähr. E.-B.-Anl.-Präm.-Oblig. 400 fr. per Kasse 174-75 175-75 detto per Medio 174-50 175-50</p>											
<p>Aktien. Transportunternehmungen. Russk.-Leipziger Eisenb. 500 fl. 2295- 2300- Böhmisches Nordbahn 150 fl. 399- 40- Budapestrader Eisenb. 500 fl. K.-W. 2800- 2808- detto (lit. B) 200 fl. per Ult. 1044- 1054- Donau-Dampfschiffahrt-Ges. 1. f. f. priv., 500 fl. K.-W. 900- 910- Dux-Bodenbacher Eisenb. 400 Kr. 39- 542- Ferdinands-Nordb. 1000 fl. K.-W. 4950- 4970- Kaiserb.-Oberberger Eisenbahn 200 fl. E. 355- 357- Lemb.-Gjern.-Jassy-Eisenbahn-Gesellschaft, 200 fl. E. 540- 542- Lloyd, Oesterr., 400 Kronen 3-9 401- Oesterr. Nordwestbahn, 200 fl. E. 44- 50 442-50 detto (lit. B) 200 fl. E. p. Ult. 440- 442- Prag-Tyzer Eisenb. 100 fl. abgfl. 214- 216- Staatsbahn 200 fl. E. per Ult. 671- 672- Südbahn 200 fl. E. per Ultimo 100-75 101-75 Sächsisch-Böhmische Verbindungsbahn 200 fl. K.-W. 397-50 401-50 Transportgesellschaft, internat., A.-G., 200 Kronen 110- 120- Ungar. Westbahn (Kraab-Gras) 200 fl. E. 406- 408- Wiener Lokalb.-Akt.-Ges. 200 fl. 200- 205-50</p>											
<p>Banken. Anglo-Oesterr. Bank, 120 fl. 289- 290- Bankverein, Wiener, per Kasse 502-75 503-75 detto per Ultimo 1027-50 1029- Bodentr.-Anst., allg. öst., 300 Kr. 526- 527- Bodentr.-Anst., allg. öst., 200 fl. 526- 527- Kreditanstalt für Handel und Gew., 320 Kr., per Kasse 618-25 619-25 detto per Ultimo 716- 717- Depositenbank, allg., 200 fl. 455- 456- Ostpost-Gesellschaft, niederösterreichische, 400 Kronen 574- 578- Giro- u. Kassenv., 200 fl. 445- 448- Hypothekent., öst., 200 Kr. 284- 288- Länderbank, öst., 200 fl., p. Kasse 420-75 421-75 detto per Ultimo Merkur, Wechselstub.-Aktien-Gesellschaft, 200 fl. 592- 596- Oesterr.-ung. Bank, 1400 Kronen 1727- 1737- Unionbank, 200 fl. 520- 521- Unionbank, böhmische, 100 fl. 241- 245- Vertheilbank, allg., 140 fl. 337- 338-50</p>											
<p>Devisen. Kurze Sichten und Schecks. Amsterdam 196-80 199-05 Deutsche Bankplätze 117-05 117-25 Italiensche Bankplätze 95-25 95-40 London 239-72 240- Paris 95-45 95-65 St. Petersburg 250-50 251-50 Zürich und Basel 95-32 95-45</p>											
<p>Valuten. Dufaten 11-35 11-39 20-Franken-Stücke 19-09 19-11 20-Mark-Stücke 23-46 23-50 Deutsche Reichsbanknoten 117-07 117-27 Italiensche Banknoten 95-15 95-45 Rubel-Noten 2-50 2-51</p>											

Ein- und Verkauf von Renten, Pfandbriefen, Prioritäten, Aktien, Losen etc., Devisen und Valuten. Los-Versicherung.

J. C. Mayer Bank- und Wechselgeschäft Laibach, Stritarergasse.

Privat-Depots (Safe-Deposits) unter eigenem Verschluss der Parteil. Verzinsung von Bareinlagen im Konto-Korrent und auf Giro-Konto.